

# neue. praxis

Zeitschrift für  
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

## BEITRÄGE

**LISA JANOTTA**

Inklusionsbegehren und  
Integrationsappelle:  
Aufenthalt, Soziale Arbeit und  
der Nationalstaat (S. 122-143)

Lisa Janotta

## Inklusionsbegehren und Integrationsappelle: Aufenthalt, Soziale Arbeit und der Nationalstaat

### 1 Einleitung

»Sozialpädagogik befasst sich also mit den Bildungsbedingungen des Sozialen und mit den sozialen Bedingungen der Bildung (Niemeyer, 1998). Paul Mecheril hat die Forschungsperspektive der Migrationspädagogik strukturell ähnlich angelegt (Mecheril, 2004). Deshalb ist die Sozialpädagogik als Theorie besonders geeignet, die mit Migrationsprozessen verbundenen Verknüpfungen von Individuum und Gesellschaft zu analysieren. Sie überwindet den auf den Migranten fixierten Blick, weil sie die mit diesem Blick verbundene Macht aufdeckt.« (Hamburger, 2016: 450)

Bedingungen  
des Sozialen

Dieser Beitrag<sup>1</sup> schließt an die lebendige Debatte an, welche in der Verknüpfung migrationspädagogischer und sozialpädagogischer Überlegungen die Ziele, Funktionen und Bedingungen der Sozialen Arbeit in der Migrationsgesellschaft reflektiert. In den letzten Jahren haben machtkritische, oft diskursanalytisch inspirierte Positionen einen neuen Wind in ein Feld nunmehr rassismuskritischer Arbeit gebracht. Dies ist vor allem der Migrationspädagogik zu verdanken, welche in kritischer Distanznahme zur sogenannten »Ausländerpädagogik« und der späteren »Interkulturellen Arbeit« neue Begriffe und Perspektiven etabliert hat (vgl. Nohl, 2006; Mecheril et al., 2010: 54-76; Schirilla, 2016). Eine Sozialpädagogik in der Migrationsgesellschaft löst also ihren »auf den Migranten fixierten Blick« (Hamburger, 2016: 450) und befasst sich mit den gesellschaftlichen machtvollen Bedingungen des Sozialen sowie den Möglichkeiten des (mitunter zum Migrationsanderen gemachten, vgl. Mecheril et al., 2010) Subjekts, in diesen Bedingungen sich selbst und die Welt zu verstehen und zu gestalten.

Aufenthalt als  
Problem

Dieser Beitrag richtet den Blick auf ein ganz spezifisches Verhältnis in der Migrationsgesellschaft: Nämlich auf die Herausforderungen von Menschen, die in unsicheren Aufenthaltssituationen<sup>2</sup> in Deutschland leben. Gegenstand sind die gesellschaftlichen und aufenthaltsrechtlichen *Bedingungen für die Verstetigung des*

1 Einige Ideen zu diesem Artikel entstanden in einer mit Christoph Klein geführten Diskussion zum Begriff der Meritokratie in Bezug auf ALG II/Hartz IV und der Übertragbarkeit der Debatte auf die bundesdeutsche Einwanderungspolitik. Für die bereichernde Diskussion verschiedener Manuskriptfassungen dieses Artikels danke ich ganz herzlich Karin Mannewitz, Eberhard Raithelhuber und Jan Wienforth.

2 Der Begriff »unsichere Aufenthaltssituation« fasst all jene Aufenthaltsstatus, die mit besonderen rechtlichen Restriktionen sowie einer großen Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft einher gehen (vgl. Janotta, 2015, i.E.). Dies betrifft vor allem Personen, die als sogenannte Drittstaatenangehörige mit einer Aufenthaltsgestattung (also während des Asylverfahrens), mit einer Duldung oder undokumentiert in Deutschland leben oder aber deren zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht an die humanitären Gründe nach § 25 Aufenthaltsgesetz geknüpft ist.